

Freikirchen nicht länger die Stillen im Land

Zürich. – Die Freikirchen wollen öffentlich-rechtlich anerkannt werden und mit einem Politpapier die Wertediskussion ankurbeln. Sie möchten den Ruf der Stillen im Lande abschütteln, sind sie doch mit 200 000 Mitgliedern eine ernst zu nehmende Grösse. Entsprechend selbstbewusst traten ihre Vertreter am Freitag in Zürich vor die Medien. Laut Peter Deutsch, Vizepräsident des Verbands evangelischer Freikirchen und Gemeinden in der Schweiz (VFG), erhält die Stimme der Freikirchen mehr Gewicht auch «angesichts des teilweisen Ausscherens der reformierten Landeskirche aus dem christlichen Konsens in ethischen Fragen» wie beim Ja zur Fristenregelung und zum Partnerschaftsgesetz.

Der VFG will neben der Bischofskonferenz und dem Evangelischen Kirchenbund «als dritte konfessionelle Kraft» wahrgenommen werden. Darum strebt er die öffentlich-rechtliche Anerkennung an. Dies ganz im Gegensatz zum Selbstverständnis der Freikirchen, vom Staat unabhängig zu sein. Laut Deutsch wäre die Trennung von Kirche und Staat zwar das beste Modell. Damit die Freikirchen aber in der Gesellschaft besser wahrgenommen werden und eher vom Sektenimage wegkommen, wollen sie staatlich anerkannt sein. Den Probelauf hat der VFG im Kanton Bern gestartet. Dort ist ein Gesuch für die Anerkennung seiner Mitgliedkirchen hängig.

Auf die Frage, ob die Freikirchen flächendeckend anerkannt werden wollen, sagte Jurist und Baptist Deutsch: Noch hätten nicht alle Mitgliedverbände zugestimmt, und nicht überall seien die Voraussetzungen gegeben. Die Kultushoheit der Kantone sei für das Verhältnis der Freikirchen zum Staat ein Hindernis, weil deren landesweit organisierte Verbände keinen Ansprechpartner auf Bundesebene hätten. Die Freikirchen wollen für den Religionsunterricht staatliche Räume benutzen, auf Staatsgelder aber verzichten.

Mit einem 42-seitigen Positionspapier will der VFG einen Beitrag zur Wertediskussion leisten. Darin heisst es: «Die Zehn Gebote gehören nicht nur auf die Kanzel, sie gehören zu den Fundamenten der gesetzgeberischen Arbeit in den Ratssälen.» Das Papier formuliert konkrete politische Ziele. So wird für eine «positive Grundhaltung zum Staat Israel» und für höhere Kinderzulagen plädiert. In gewissen Politikbereichen bestünden regelrechte Vollzugsnotstände, etwa beim Schutz der Familie und in der Drogenpolitik. (mm)

Quelle: Tages-Anzeiger, 28.10.2006

Eine Dienstleistung des Portals kath.ch (<http://kath.ch>) - Katholischer Mediendienst (<http://kath.ch/mediendienst>)

Mit herzlichem Gruss

Portal kath.ch
<mailto:redaktion@kath.ch>